

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57, Bülowstr. 21
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6198
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint alle 14 Tage Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bekleidgeld)
2 Mk. Postzeitungsliste Nr. 3164

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 16000 Exemplaren.

Inhalt.

Die Anechtlichkeit. (Eine Bußtagspredigt) — Winteransichten. — „Die reinlichste Stadt der Welt“ — Die Beamten der Arbeiterschaft. — Lohnforderungen der „Englischen Gasarbeiter“ in Berlin. Die Katernenanzünder auf dem Aussterbestat. — Wie Arbeiter-Ausschüsse manchmal zustande kommen? — Lohnbewegung der Chemnitzer Gasarbeiter. — Die Lage der städtischen Tiefbauarbeiter in Dresden. — Wie die Gasarbeiter in Ludwigshafen a. Rh. behandelt werden. — Weiteres aus Straßburg i. El. — Aus unserer Bewegung. — Aus den Stadtparlamenten und Verwaltungskollegien. — Verbandsteil. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Briefkasten. — Anzeigen.

Die Anechtlichkeit.

Eine Bußtagspredigt.

Viel Klagen hör' ich oft erheben
Vom Hochmut, den der Große löbt.
Der Großen Hochmut wird sich geben,
Wenn unsre Kriecherei sich gibt.
G. A. Bürger.

„Euch ziemen nicht mehr die Laster der Unterdrückten.“ Diese Worte donnerte vor zirka 50 Jahren Laßalle der Arbeiterklasse zu. Die deutsche Arbeiterbewegung ist seitdem unablässig tätig gewesen, die Laster der Unterdrückten auszuroden und wenn wir den Stand der Dinge von heute betrachten, dürfen wir sagen mit einigem Erfolge. Das schlimmste Laster der Unterdrückten ist zweifellos die Anechtlichkeit und es gibt am liebsten. Unter den Arbeitern unserer Tage gibt es noch viele, die den Arbeitgeber knechtlich als ihren Protherrn betrachten und willig jeden Fußtritt hinnehmen als etwas ganz Selbstverständliches. Der Anschlag an eine Arbeiterorganisation und das Streben nach höheren Menschenrechten gilt ihnen als Sünde, und ihre größte Tugend erblicken sie in der kriechenden Demut und hündischen Unterwürfigkeit und in ihrer verachtungswürdigen Unsolidarität. Der Anechtliche ist aber auch eine heimtückische Kreatur. Mit lauerndem Blick sucht er alles höflich zu erpähen, was nach seiner Meinung sein Herr gern zu hören scheint, denn er erblickt in seinem Arbeitgeber auch gleichzeitig seinen Herrn. Der moderne und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter kennt keinen Herrn. Der Anechtliche hat keinen freien, offenen Blick und keine gerade Haltung. Er ist auch ein Heuchler, denn unter der Maske der Freundschaft und Kollegialität versucht er seine Mitarbeiter auszuforschen, ihre politische Stimmung zu erkunden, um dann alles wieder seinem Herrn zu überbringen. Er läßt sich als Spindel gebrauchen, er geht in die Verämm: Lungen und Zusammenkünfte seiner Mitarbeiter und berichtet dann seinem Herrn, welche Kollegen alle dort waren, wer

gesprochen hat und was jeder gesagt hat. Er ist aber auch ein Lügner, denn er bleibt nicht bei der Wahrheit. In dem Bestreben, sich seinem Herrn als recht nützlich zu erweisen und seinen Kollegen eins auszuwichen, lügt er ganz unbedarft und übertreibt und berichtet, was gar nicht gesagt worden ist. Ist von den geringen Löhnen die Rede gewesen und wollen die Kollegen versuchen, auf friedlichem Wege eine kleine Zulage zu erlangen, flugs berichtet er, es soll gestreift werden, wobei er sich beeilt, submissiv zu heulmeiern: ich aber bin zufrieden, mein Lohn erscheint mir noch fast zu hoch und ich bin solcher Gnade, überhaupt beschäftigt zu werden, nicht einmal würdig. Wurden die Schikanen und Ungerechtigkeiten besprochen, die ehrliche Arbeiter zu erdulden hatten, geht er hin und berichtet, daß arg verleumdet und gehetzt wurde und bittet flehentlich um einen gnädigen Fußtritt, den wir ihm hiernit geben wollen.

Ja, ihr lieben Freunde und Kollegen, ihr kennt alle diese elenden Lüste, sie können Euch nicht ins Auge sehen. Auch in den städtischen und staatlichen Betrieben treiben sie ihr Wesen, hier findet das Laster der Anechtlichkeit sogar einen günstigen Nährboden. Man möchte sogar sagen, es vererbt sich unweilen sogar bis ins dritte und vierte Glied. Wie oft hört man nicht den verweifelten Ausruf: bei uns ist der eine dem anderen kein Teufel! Mancher dieser rückständigen städtischen Arbeiter erblickt in dem Direktor, Inspektor, Verwalter, ja sogar schon in jedem Vorarbeiter seinen Herrn, so recht nach Streberart. Bei allen wünscht er sich einen weißen Fuß zu machen. Das ist eben das Laster der Anechtlichkeit. Da will der eine sich auf Kosten des anderen in eine Vorarbeiterstelle, in eine höhere Lohnklasse hinaufschmarotzen. Er geht hin, leckt, schweißwedelt und demütigt bei seinem Vorgesetzten alles, was ihm auf seine gewaltene Zunge kommt. Die Folge davon ist, daß brave Kollegen, die stets für das Wohl ihrer Mitarbeiter wirkten, schlecht behandelt oder strafverleumdet werden, oder bei allgemeinen Lohnzulagen übergangen und wenn nicht gar entlassen werden. Die Zunge soll diesen Hundeseelen dafür verfallen! Der Anechtliche ist freizindimm, denn er weiß nicht, daß sein Vorgesetzter in den städtischen und staatlichen Betrieben ebenso gut Arbeiter ist wie er selbst und nicht nach Belieben schalten und walten darf. Er weiß nicht, daß es höhere Instanzen gibt, deren höchste die Öffentlichkeit ist und wozu auch er gehören kann, wenn er sich organisiert und solidarischen Geistes ist. Ist so ein Mensch zufällig oder durch Schiebung oder durch Unachtsamkeit der Kollegen in den Arbeiterausschuß, Krankenkassenvorstand oder gar in die höheren Stellen des Arbeiterversicherungsgebietes hineingekommen, so verrät er dort sicher die Interessen seiner Wähler. Aber sollte er gar einmal Glück gehabt haben, daß ihn seine Speichelleckerei in eine Stelle als Vorarbeiter oder dergleichen verholten hat, so kann man sicher sein, daß er

der unaufrichtigste, ruppigste und gemeinste Kerl von der Welt wird. Die Arbeiter beschimpft und tribuliert er bis aufs Blut, bis ihn dann einmal seine gerechte Strafe trifft. Im Dienste sind solche Kreaturen natürlich meistens dumm, faul und unbrauchbar, — aber sie haben eine knechtliche Gemütsart und darum würden sie bevorzugt. Die Knechtlichkeit ist das schlimmste Laster der Unterdrieten. Jeder Fortschritt wird dadurch aufgehalten und wenn Hunger und Not noch ihre Stätte haben in der Häuslichkeit vieler unserer Kollegen, so ist dieses schreckliche Laster, das noch schlimmer wirkt als das Laster der Trunksucht, daran schuld. Darum gehet in Euch, Ihr Knechteligen, werdet befreit, freie Menschen, schließt Euch unserem Verbands an und sündigt hinfüro nicht mehr gegen den heiligen Geist der Solidarität.

Winterausichten.

Richard Calwer schreibt in seiner „Wirtschaftlichen Wochenchau“: Die bis vor wenigen Wochen noch herrschende Hoffnung, daß der kommende Winter für die Arbeiterbevölkerung eine halbwegs verträglich Situation schaffen werde, muß neuerdings wech herabgemindert werden. Wenn die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in hohem Maße von dem Laufwege der Beschäftigungslegenheit und dem Niveau der Warenpreise abhängig ist, so kann nicht verkannt werden, daß beide Faktoren sich seit einiger Zeit zum Nachteil der Arbeiter verschoben. Die Verbesserung des gewerkschaftlichen Beschäftigungsgrades gegenüber dem Vorjahr hielt zwar während der ersten sieben Monate nicht nur in Deutschland befriedigender Weise an, sondern zeigte noch im Juli eine erneute Steigerung im Vergleich zu den Vormonaten. Im August dagegen trat eine fast jähe Wendung ein, die sich im September fortsetzt und zur Folge hatte, daß der bisher konstatierte Grad der Verbesserung gegenüber dem Vorjahr sehr erheblich zusammengeschumpft ist. Am besten vermag man sich die Verhältnisse hierzulande zu veranschaulichen, wenn man die Bewegung des Anstehens an den öffentlichen Arbeitsnachweiser während der einzelnen Monate der Jahre 1902 und 1904 nebeneinander vergleicht, um an der Differenz das Maß der Abweichung gegenüber dem Vorjahre zu messen. Es kamen nämlich auf 100 offene Stellen Arbeitssuchende:

	1902	1904	Differenz
Januar	190,5	159,1	— 31,4
Februar	156,8	134,2	— 22,6
März	126,1	100,4	— 25,7
April	135,2	112,8	— 22,4
Mai	146,3	123,4	— 22,9
Juni	147,1	129,9	— 26,5
Juli	151,9	129,8	— 39,2
August	134,7	115,9	— 15,8
September	117,7	108,6	— 9,1

Nach bis Juli war das Angebot im laufenden Jahre wesentlich niedriger, also die Lage des Arbeitsmarktes entsprechend günstiger als 1902. Im September dagegen war die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr auf ein Minimum zurückgegangen, und es ist zu besorgen, daß der Oktober ein noch unheimlicheres Bild aufweisen wird. Zurechen doch einige Anzeichen für ein weiteres Nachlassen des Beschäftigungsgrades. Da ist in erster Linie die Fortdauer der Stagnation im Eisenwerke zu nennen, deren Wirkungen weit über die zunächst beteiligten Kreise hinausgehen. Noch wichtiger aber ist das Moment der Geldwertenerkung, die die industrielle Unternehmungslust um so härter zu dämpfen geeignet ist, als die Wertschwankung sowohl nicht besonders verlockend ist. Namentlich dürfte die Geldwertenerkung dem Baugewerbe einen recht schmerzlichen Einbruch bringen. Die Geldwertenerkung zeigt sich in ihrer Schärfe zunächst nur in Deutschland, aber manche Kenner des Geldmarktes rechnen auch mit einer internationalen Wertenerkung, so daß auf eine baldige Erleichterung nicht zu hoffen war. Noch schlimmer als auf den Beschäftigungsgrad selbst wirkt die Wertenerkung des Geldmarktes auf die Tendenz an der Warenmärkten ein: das Fortschreiten nach Preis-erhöhungen namentlich in solchen Artikeln, für die eine internationale Konkurrenz ausgeschlossen ist, nimmt zu. Das ist namentlich der Preisbewegung der letzten Monate besonders bedenklich. Die Preise für Lebensmittel haben gegenwärtig schon wesentlich höher als im Vorjahre, meist noch höher als 1901, einem Jahre außerordentlichen Niedrigpreises. Auf Preis-erhöhungen ist in den nächsten Monaten höchstens bei Salzschmelze zu rechnen; Getreide, Kartoffeln, Mehl, Butter, Milch, Eisen usw. bleiben zum mindesten auf dem gegenwärtigen Niveau stehen, wenn sie nicht gar noch weiter steigen, wegen der Preissteigerung eines Anstiegs. Ein Beispiel des Verhältnisses wichtiger Waren im Großhandel für den Monat August der Jahre 1901, 1902 und 1904 ergibt folgende Veränderungen: Höher als 1901 ist der Preis für folgende Waren, die im Großhandel in Mark notierten:

	1904	1902	1901
1000 Stk. Roggen	139,50	132,11	141,25
1000 " Weizen	178,85	163,88	166,25
1000 " Hopfen	310, —	290, —	145, —
1000 " Kartoffeln	70, —	36, —	30, —
1 Dopp.-Ztr. Roggenmehl	18,20	18,05	19, —
1 " Weizenmehl	21, —	22, —	22,75
1 " Erbsen	135,50	134,20	148, —
1 " Schweine	106,50	105,20	116,80
1 " Butter	231,78	220,56	220,93

Geblieben in der Preis für Steinkohle, niedriger sind die Preise für folgende Waren: Malter, Sammel, Gerste, Schmalz, Raffinade, Reis, Glycerinöl und Petroleum. Gerade die Waren, die für den Haushalt der Arbeiterbevölkerung die wichtigste Rolle spielen, sind im Preise gestiegen, nämlich Getreide, Mehl, Kartoffeln und Schweine. Wenn nun der Preissteigerung der Waren eine entsprechende Steigerung der Löhne gegenüberstellen würde, so wäre ein Ausgleich möglich. Aber der Verdienst war diesen Sommer mit Ausnahme des Baugewerbes im Vergleich mit Ostgewerbe unbefriedigend; im Fertigungsgewerbe jedenfalls nicht höher als im Vorjahre. Kommt nun dazu jetzt noch eine Abnahme der Beschäftigungslegenheit, so spürt sich die Lage demnach zu, daß man auf einen für die Arbeiterbevölkerung ungünstigeren Winter als 1902/1903 vorbereitet sein muß. Er dürfte, soweit dies schon jetzt zu beurteilen ist, nicht so schlimm ausfallen, wie der Winter 1902/1903, in dem die ersten Anzeichen der Erholung sich bemerkbar machten, aber jedenfalls eine Umkehrung der Erholung bedeuten, in der sich das deutsche Wirtschaftsleben seit Ende 1902 bisher befindet hat.

„Die reinlichste Stadt der Welt.“

Berlin prangt unter diesem Titel bei den Feiern aller Herren Länder, und wie zu erwarten werden muß, nicht ganz mit Unrecht. In der Tat sind die Straßen in den Sommermonaten zeitweilig wie geleert und es verdient hohe Anerkennung, daß auf dem Gebiete der Straßenreinigung geradezu Wunderbares geleistet wird. Man sollte nun meinen, daß die Direktion, dem dieses Merkmal unterstellt ist, alles daran legt, um auch demjenigen per die zu werden, welche den wesentlichen Anteil an dieser Sauberkeit bilden, nämlich den Straßenreinemachern. Aber hier vermag die Straßenreinigung, und hier wieder man eindringt in die Geheimnisse der Straßenreinigung, desto gründlicher wird man, bis man zu tiefst fragt: Wie ist es nur möglich, daß die Zustände für die Arbeiter so wenig ideal sind, wo doch die Verhältnisse so erstaunlich geputzt werden müssen.

Man herrscht allerdings allgemach die Auffassung, daß es nicht Schuld des Herrn Direktors ist, daß die Arbeiter so ungewaschen konnten, sondern daß es sich auch hier wie in so vielen Verhältnissen, daß unter den Umständen einen Fehler enthalten, der innerhalb der deutschen Armee gewiß nicht ohne Ansehensverlust bleiben würde, der aber durchaus nicht im Interesse des Staates liegen kann. Vom Oberbefehligen bis herab zum Korporal kopiert man furchtlich das militarische Märschschrittmittel, und so sehr auch wir der Meinung sind, daß eine gewisse Disziplin und Ordnung notwendig ist, so sehr muß man die Auswüchse verdammen, wie sie sich nicht nur in der Form und auch in der Art der unteren Vorführer seit Jahr und Tag kennzeichnen, sondern wie sich dies besonders auch durch den rohen Ton kundgibt, der unter anderem folgende Blüten treibt: „Möcht Ihr nicht ruhig sein, so werde ich Euch das Maul stopfen; dann genug seid Ihr, aber so dann werdet Ihr doch nicht sein, daß Ihr nicht in der Gasse antretet!“ Sie sind nicht wert, daß man Ihnen ins Gesicht schreit! Die Jugendlichen wurden tituliert mit „Maschende!“ „Nachtlich Sie nicht so dumm!“ in das Reichste auf dem Gebiete der Arbeiterpädagogik. Das ist ein Abbild aus einem preussischen Märschschrittmittel, wie es durch öffentliche Verhandlungen des öfteren ans Licht gezogen wird. Gewiß, auch wir sind der Überzeugung, daß weder der Herr Direktor noch die Mitglieder der Straßenreinigungs-Deputation Meinungs von diesen Tugenden haben, goldweisse daß sie dieselben billigten. Aber was verhilft: „Der Himmel ist hoch und der Star ist weit!“ Denkt wohl so eine Straßenteufel freudende Seele, und wenn solche Tugenden vom Oberbefehligen zu verzeichnen sind, da hat man leicht eine Vorstellung, wie es aus dem Wald der Arbeiter und Sozialarbeiter herausfällt.

Wir wollen uns aber die Verantwortlichkeit dieser Tugenden, die unheimlich befeht und befeht verneht werden könnten und werden uns vielmehr den Mühsanden zu, die in den Einrichtungen begründet sind.

Da ist zunächst das Straf-Ansehen. Das nachbarliche ungewerkschaftliche Zusammenhalten hat, besonders bedenklich man den Fall aufzubringen vermag damit zu treffen und es hängt nur zu Strafen bei den Kennen Vergehen. Strafen in Folge am 3. Stunden Montag das „Ansehen“ als Strafe einbehalten, so daß der volle Tag so Lohn als Strafe abgezogen wird. Da das Zusammenhalten der Straßenteufel so ähnlich das Maß ist, was man zum Leben braucht, kann man sich leicht ver Anger halten, welche Folgen solche Strafenmaßnahmen mit sich bringen. Da wird häufig die Frau um so viel mehr angegriffen und mehr schenken, in so einer Strafschleife der Schwadronen enger geknallt werden.

Während an den gewöhnlichen Sonn- und Feiertagen für die Nachtkolonne ein 3 Stunden dienst eingeführt ist, der sich insofern gut bewährt, als die Meinung der Straßen zur Geringe geblieben kann, da mit dem vermindernden Verkehr erheblich weniger Schmutz entsteht, müssen die Arbeiter am Karfreitag, Himmelfahrtstag und Sonntag den ganzen Tag frohlocken, was wohl von keinem Arbeiter als nötig angesehen wird. Es sollte auch an diesen drei hohen Feiertagen eine gründliche Arbeitserre als genügend erachtet werden.

Die junge Einteilung der Arbeit bringt es mit sich, daß sogenannte Abendposten eingesetzt sind, welche im Sommer mit der sogenannten Nachtkolonne zusammen anfangen, nur daß dieselben anstatt um 12 um 8 Uhr abends beginnen und dafür 3 Stunden früher morgens aufstehen. Anders in den Wintermonaten. Da treten die Abendposten morgens 6 Uhr bis 11 Uhr an, dann von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens mit nur 1/2 Stunde Unterbrechung von 11 bis 11 Uhr abends, so daß dann noch 7 volle Arbeitsstunden unterbrechen in letzter Linie! Von 1 Uhr mittags bis 1/2 Uhr ohne jede Pause in dann wieder das neue Tagewort!

Die Wünsche der Arbeiter sind unabweisbar folgende: 1. Arbeiter werden von Sonntag abend für eine Woche lang als Abendposten bestimmt. Zwischen 11 12 Uhr abends und 1 1/2 Uhr morgens. Die Posten gelten auch für den Sonntagsabenddienst im Sommer. Es läßt sich auch anders regeln und muß sich regeln lassen, daß dem Arbeiter eine ordentliche Ruhepause für die schwere Winterarbeit gewährt wird.

Möchte es einmal vor, daß in dieser 6- resp. 7stündigen ununterbrochenen Arbeitszeit ein Arbeiter sich eine Tasse Wasser geben läßt und wird dabei gefaßt, so wird derselbe unweigerlich mit Nachtarbeiten bestraft.

Auf die Abendposten sollte übrigens das Geld am Jahrtage in Ermäßigung genommen werden durch den Aufseher, wie das bis vor ca. 1 Jahr war, da die Arbeiter durch das Geldholen größtenteils um ihren Schlaf gebracht werden. § 5 der Arbeitsordnung bestimmt ausdrücklich, daß außer bei Erkrankungen auch in anderen Behinderungs-fällen der Lohn von einem Vertreter in Empfang genommen werden kann.

Obwohl in der Vorkonferenz der ganzen Arbeiterkategorie manchen in die Arbeitserre zu verlegen. In der Arbeitserre der größte Teil des Nachts und man, um in der ungenügenden Tageszeit (3 bis 4 Uhr nachmittags) zur Wohnung zu kommen.

Es sei hier eingeklärt, daß auch die Purichen im Winter häufig ihren halben Sonntag verlieren durch Schneefall usw., so daß sie maximal drei bis vier Wochen keinen einzigen freien Sonntag haben; Dabei liegt auf der anderen Seite der Verwaltungsbürokratie über die Zählweise, jüngliche Arbeiter dauernd für die Straßeneinrichtung zu fesseln. Denn hat man ihnen endlich innerhalb 11 Tagen einen freien Sonntag gewährt und es wäre zu wünschen, daß ihnen dieser im Winter nicht wieder entzogen wird.

Ein Material, das schon einmal von uns in Erwähnung gezogen wurde, ist die mangelhafte Ausrüstung der Arbeiterbekleidung. So sind z. B. laut Inventarverzeichnis in jeder Abteilung nur 200 Paar Waggertütel. Es kommt aber mitunter vor, daß in einer Abteilung bis zu 6 Mann baggern müssen und so bleibt den anderen nichts übrig, als mit ihrem gewöhnlichen Mittel den in Garung übergenommenen Straßeneinrichtung aus den Gullies zu entfernen, was natürlich zur Folge hat, daß man die ganze Woche im ständigen Streit die Arbeit verrichten muß. Dabei sind die Waggertütel bei feuchtem Wetter oftmals zerlegt durchdrückt, daß man sie des Abends findet und fast ansehen muß, und die Arbeiter als unabweisliche Folge Rheumatismus usw. als Folge zu dem horrenden Lohn empfangen. Es sollen sogar in einer Abteilung überhaupt noch keine Waggertütel herausgegeben werden.

Bei den Waggertütel hat man es in fast jedem Depot in glücklich auf 3 Exemplare gebracht. Aber auch die Hosen haben Hosen sind nämlich abgelegte Aufseherhosen, und so haben sich denn die Herren Tagesarbeiter und Ledermänner darin verheert und ziehen dieselben an; ein anderer Teil dürfte wohl als Herde des Depots angesehen werden, da sie keinerlei Bekleidung finden. So muß man also den ganzen Winter mit seiner eisigen Kälte arbeiten und abends dann baggern und die Bedürfnisanstalten reinigen. Dies ist ein ganz unbilliger Zustand. Es würde wünschenswert der beste Ausweg sein die Lieferung eines zweiten Wochentags Anzuges, und zwar für den Sommer zwei Wochentags, 1 Sonntagshose; im Winter 2 englische Lederhosen, 2 Wochentags- und 1 Sonntagshose. Daß darüber das jetzige Budget der Straßeneinrichtung nicht in die Frage geben würde, muß jeder unbefangene Beurteiler machen und nur hoffen spezialisiert, daß die Direktion sich auch einmal der Mühe unterzieht, diese Vorschläge zu prüfen und in Anwendung zu bringen.

Um die lange Zeit der Wintervände auf die Hauptpunkte zu konzentrieren, sei nur noch erwähnt, daß eine Regelung der Arbeitserre in Bezug auf punktierten Arbeitserre unterliegt von Seiten der Gewerkschaft bereits beantragt, daß die Zusammenfassung des § 3 der Arbeitsordnung am Tage der Ermächtigung ist. Es wurde also eine Zonensystem eingeführt, laut welcher die Arbeiter 5 Stunden nach 8 Uhr abends bis morgens das Depot verlassen können. Von einzelnen Arbeitserre abgesehen, haben die Arbeiter der Tageskolonne den Bestimmungen der Direktion gemäß nur fünfzigsten Teil feiertaglich. Ganzten müssen die Arbeiter der Nachtkolonne in der Regel länger arbeiten, zumal die Arbeit für

krankte, fehlende usw. mitgemacht werden muß. Vielleicht könnte die Direktion in erneuter Befähigung bestimmen: Die von dem Nachmittagsposten nicht fertig gestellte Arbeit wird von den Tagesposten zu Ende gebracht.

Dies sind die dringenden Wünsche, wie sie von den Kollegen der Straßeneinrichtung empfunden werden und die der Abklärung dringend bedürfen. Nun sind wir allerdings der Meinung, daß eine sofortige Abhilfe schwerlich durchführbar wäre; es ist aber notwendig, daß sich alle Kollegen mit diesen Dingen beschäftigen und daß schließlich die Erkenntnis Platz greift, daß es nicht für alle Seiten so weiter gehen kann.

Stellen wir noch einmal die Forderungen zusammen, wie sie von den Vertrauensmännern sämtlicher Abteilungen einmütig anerkannt wurden, so ergibt dies das folgende Bild:

1. Anständigerer Behandlung durch die unteren Vorgesetzten, Abschaffung des Untermanshotes und Aufhören des Mißbrauchs der Straßeneinrichtung.
2. Karfreitag, Himmelfahrtstag und Sonntag sind als Sonntag zu betrachten, und demzufolge ist 3stündige Dienstzeit für die Nachtkolonne einzurichten.
3. In den Wintermonaten werden die Abendposten nicht täglich abwechselnd kommandiert, sondern für die ganze Woche. Sommer: 11 12 Uhr abends, 1 1/2 Uhr morgens. Wintermonate: Für den Sonntagsabenddienst 1 Stunde Abendrot, 1/2 Stunde Frührot.
4. Am Jahrtage wird das Geld für die Abendposten dem Aufseher resp. einem Vertreter übergeben. Ebenso hat die Tageskolonne innerhalb der Arbeitszeit den Gang zum Jahrtageposten anzutreten.
5. Den Purichen sollen die freien Sonntage auch während der Wintermonate nicht entzogen werden.
6. Waggertütel und Hosen für jeden einziehenden Schichtbedarf in doppelter Anzahl. Desgleichen 2 Wochentagsmittel und Hosen.
7. Regelung des punktierten Feiertags.

Nun wird man sicherlich sagen, daß für alle diese Dinge der Arbeiterauschuss da ist, und daß die berufene Vertretung der Arbeiter diese Dinge der Direktion vorbringen müßte. Das würde zutreffen, wenn die gewählten Vertreter des Arbeiter-Ausschusses in der Straßeneinrichtung das Vertrauen der Kollegen genießen, welches dies Amt zu einem fruchtbringenden machen kann. Daß dies jedoch nicht der Fall ist, konnten wir ganz besonders in der letzten sehr hart besetzten öffentlichen Versammlung erleben, wo es nur so hagelte von Vorwürfen, die nur zum geringen Teil entkräftet werden konnten. Aber auch die Tatsache, daß z. B. die Einladung zur letzten Arbeiterauschuss-Sitzung einen Tag vor Beginn mit den Kollegen in Verbindung zu setzen und zu beraten, welche Wünsche zur Zeit der dringenden Abhilfe bedürfen.

Es kommt ein anderes hinzu. So lange eine Organisation keinen festen Fuß fassen konnte, hielten sich die Kollegen zum Teil an den Erroren. Derselbe kann aber unmöglich bei seinen geringen Beiträgen und seinen sonstigen Tendenzen die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter wahrnehmen. Was Wunder, daß das Vertrauen laut wurde gegen die bisherigen Vertreter im Arbeiter-Ausschuss. Es wird sich nun in Frage stellen, ob die jetzigen Arbeiterauschuss-Mitglieder wirklich gewillt sind, für die Interessen der Arbeiter einzutreten; da die organisierten Kollegen beabsichtigen, einen Teil der Wünsche in einer speziellen Sitzung mit dem Arbeiterauschuss zur Sprache zu bringen.

Überhaupt muß betont werden, daß namentlich seit der letzten öffentlichen Versammlung ein frischer Wind bei den Straßeneinrichtern weht, welcher sich im Frühjahr bzw. bei der Neuwahl des Arbeiterauschusses leicht zum Sturm entwickeln kann, der den jetzigen Arbeiterauschuss wegwirft und dafür Kollegen an diesen Vertrauensposten stellt, die den Dingen heißer gewachsen sind und die vor allem das Vertrauen der ganzen Kollegenchaft besitzen. In einmal die Erkenntnis im Anzuge, so läßt sie nicht locker, und wenn jeder Organisierte in den nächsten Monaten seine Pflicht tut, kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Freilich gehört ein gut Stück Ausdauer und Willenskraft dazu, um etwas Konkretes zu erringen; aber wir glauben, daß ein jedes Festhalten an den minimalen Forderungen und eine rege Teilnahme an den Versammlungen auch zu Resultaten führt, und was die Eroberung des Verbandes dazu tun kann, wird genug geschehen. Ein Rohruf aber muß nicht nur von den Vertrauensmännern kommen und immer wiederholt werden an alle Gleichgültigen und Indifferenten, sondern von allen in unserer Organisation vorhandenen Kollegen, nämlich die Arbeiter-Ausschuss-Mitglieder organisiert Euch!

Emil Dittmer.

Die Beamten der Arbeiterchaft.

In den Zusd. Monatsheften, der literarisch beleuchtete der Nationalkolonnen, in deren Namen Hanser Reumann in einem sozialpolitischen Leiter jeder Nummer zu Worte kommt, finden wir

Die Direktion lehnte die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung ab und kamen nun weitere Besprechungen in der ordentlichen Sitzung am 16. d. M. zur Verhandlung. Ohne auf weitere Verhandlung mit uns einzugehen, lehnte man sämtliche der von uns eingebrachten Beschlüsse ab. Solange die Stadt Berlin nicht eine Entscheidung entgegen stellt, ist eine Entscheidung über die Angelegenheit nicht möglich. Wir werden die Sache weiter verfolgen, bis wir einen Erfolg zu sehen bekommen, der die Interessen der Gewerkschaften zu wahren, als sie die Stadt Berlin abt.

Auf heute werden wir an diese Mitteilung beendeten. Der Termin für die nächste Besprechung ist am 23. d. M. festzusetzen. Die Besprechung beginnt 8 Uhr abends.

Wir sind Ihnen für Ihre Bemerkungen dankbar. Wir sind Ihnen für Ihre Bemerkungen dankbar. Wir sind Ihnen für Ihre Bemerkungen dankbar.

Die Direktion lehnte die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung ab und kamen nun weitere Besprechungen in der ordentlichen Sitzung am 16. d. M. zur Verhandlung. Ohne auf weitere Verhandlung mit uns einzugehen, lehnte man sämtliche der von uns eingebrachten Beschlüsse ab. Solange die Stadt Berlin nicht eine Entscheidung entgegen stellt, ist eine Entscheidung über die Angelegenheit nicht möglich. Wir werden die Sache weiter verfolgen, bis wir einen Erfolg zu sehen bekommen, der die Interessen der Gewerkschaften zu wahren, als sie die Stadt Berlin abt.

Die Laternenanzünder auf dem Rusiterbeet.

Unsere moderne Laternen sind auf allen Straßen zu finden. Es sind das die Laternen, die den Nachtsverkehr erleichtern. Sie sind das die Laternen, die den Nachtsverkehr erleichtern. Sie sind das die Laternen, die den Nachtsverkehr erleichtern.

Auf den Berliner Feuerwachen ist die Fernzündung bereits zur Einführung gelangt. Wenn gleichzeitig auf einer Berliner Feuerwache vor irgend einem Feuerwehrtor her die Alarmglocke läutet und das schrille Sirenengetöse durch alle Mauern des Hofes geht, so ruft der Telegraph, eher auch nur von seiner Spitze aufsteigend, den Nebel eines Wasserstrahles herauf, und im selben Moment flammen in den Mannschuttkammern ebenso wie in der Kammer die Gaslampen auf.

Mit der Einführung des Fernzünders wird natürlich auch ein erheblicher Teil der Laternenanzünder, deren Lobne ja eben nicht sehr hoch ist, überflüssig; nur zum Reinigen der Laternen bedarf man weiterhin noch ihrer.

Die Leitung der Berliner Gaswerke soll beabsichtigen, die Fernzündung in den nächsten Jahren überall zur Einführung zu bringen und wird man innerhalb weniger Jahre auf den Berliner Straßen wohl keinen Anzänder mehr beim Anticken einer Laterne finden.

Nebenbei bemerkt, erzieht man aber auch hieraus, wie unüberlegt die Berliner Laternenwärter handeln, als sie kürzlich einem Verbot den Rücken kehrten. Wer wird sich ihrer Interessen annehmen, wenn infolge des Fernzünders ein erheblicher Teil von ihnen den Teufel antreiben mag? Ihr kleines lokales Organisationswesen ist hier doch ohnmächtig!

Wie Arbeiter-Ausschüsse manchmal zustande kommen!

Wann und bei welcher Gelegenheit sind die Arbeiter-Ausschüsse entstanden? Wann und bei welcher Gelegenheit sind die Arbeiter-Ausschüsse entstanden? Wann und bei welcher Gelegenheit sind die Arbeiter-Ausschüsse entstanden?

* In Berlin bezogen die Laternenwärter: Klasse I 80 Mk. monatlich; Klasse II 75 Mk. monatlich; Klasse III 70 Mk. monatlich; Nebenbeleiute 66 Mk. monatlich.

Es ist das die Laternen, die den Nachtsverkehr erleichtern. Sie sind das die Laternen, die den Nachtsverkehr erleichtern. Sie sind das die Laternen, die den Nachtsverkehr erleichtern.

Während der Wasseranstreicher wurde nun ein Protest in Umlauf gesetzt und der Arbeiter eine Liste hergestellt. Doch auf bisher noch unauflösliche Weise verstand diese Liste. Eine Sitzung der Arbeiter-Ausschüsse, zu welcher ebenfalls 40 eingeladen und auch erschienen war, nahm zu dieser Wahl Stellung. Ein Antrag, nach dem die Arbeiter-Ausschüsse sämtlicher Arbeiter zu protestieren, wurde abgelehnt. Tagesorden wurde das Verhalten Anstreichers auf das höchste gerichtet. Seine Pflicht wäre es gewesen, die Annahme des Mandats zu verweigern, da er doch auf seinen Fall das Vertrauen der Arbeiter besaß.

Anstreichers wurde nun vor die Alternative gestellt, sein Mandat niederzulegen, andernfalls Anstreichers, die von seiner Seite kamen, von den übrigen Mitgliedern der Ausschüsse nicht berücksichtigt wurden und schließlich auf nicht zur Beratung kommen konnten. Von Seiten der Arbeiter, in diesem Falle der Arbeiter-Ausschüsse, wird jedoch verlangt, daß alle Arbeiter gemeinsam einmütig und von sämtlichen Mitgliedern des betreffenden Ausschusses unterzeichnet sein müssen.

Am 16. d. M. hat sich Anstreichers, der sich Anstreichers gegen diesen Protest und infolge der hohen Mandats-Gebühren in seinen Händen, schließlich entschlossen, die Wahl als zu nicht erfolgt, nach aller wesentlichen Ausführungen der Arbeiter-Ausschüsse, unter dem Vorwand, wie die Anstreichers den Gehalt der Ausschüsse, und wieder Anstreichers machen konnte, war er allerdings auch nicht in der Lage zu sein.

Der Satz liegt jetzt so, daß zwar Anstreichers seitens der Direktion als Ausschüsse nicht gewählt ist, er aber nicht in der Lage ist, sein Mandat abzulegen.

Im Interesse der betreffenden Kollegen ist es allerdings zu bedenken, daß sie auf diese Weise gewissermaßen eine Vertretung sind, unter Umständen aber wird sich auch dort ein Weg finden, ihre Wünsche anzubringen, ohne Herrn Anstreichers zu belästigen.

Lohnbewegung der Chemnitzer Gasarbeiter.

In der industriellen Industriestadt Chemnitz genießt bekanntlich seit diesem Frühjahr den Ruf, für ihre Arbeiter resp. Lohnleute eine besonders gute Arbeitszeitenteilung zu schaffen zu haben. Man hat hier bekanntlich seit dem 1. Februar d. J. die achtstündige Arbeitszeit und die zwölftündige Wechselzeit in der Weise eingeführt, daß bei dreimaligem Wechsel die Arbeiter über die Wechselzeit je 12, 24 und 48 Stunden Ruhepause haben. Wenn man hier auch gewissermaßen etwas Ruhezugewinn erzielt, so reichen doch im Betriebe selbst noch eine ganze Reihe Mängel. Allzu große Überanstrengung einzelner Arbeiter paaren sich mit ungenügenden Pausenrichtungen, ungesunder Pausenbildung bestimmter Vorgesetzter u. dergl. m. Die meisten und bittersten Klagen kommen aber wegen der zu niedrigen bestehenden Löhne. Hier geht der Stadtverwaltung von Chemnitz nicht der beste Ruf voraus. Vielfach werden die von ihr gezahlten Löhne mit den in anderen Städten üblichen verglichen. Man kann es deshalb den Arbeitern bei den Gasanstalten wohl nicht verargen, wenn sie bei den in Chemnitz stets etwa dreißigprozentigen Preisen für Rohmaterialien aus ihrer Zurückgelegenheit herausstreiten und zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse Stellung nehmen. War doch die letzte, verhältnismäßig auch nur geringe Zulage schon im Juli 1902 erfolgt. Auf die im März d. J. an die Direktion gelangte Petition, die speziell von der Hauptkammer der Wilhelmstraße ausging, ist dann am 1. Juli d. J. der Lohn für Werkstattdarbeiter und Hölzler, jedoch bloß dieser Anstalt, und da wiederum nur für länger als ein Jahr resp. acht Monate der Wechselzeit, um 1 und 2 Pf. pro Stunde gestiegen. Der Lohn der Gasarbeiter betrug demnach pro Stunde 31. 32 und für Werkstattdarbeiter 30. 36 Pf., in einzelnen 10. 15 Pf. Mit dieser Regelung ihrer Löhne waren die Arbeiter beider Anstalten unzufrieden. Sie beklagten deshalb, eine Eingabe an die städtische Kommission für die Gaswerke zu machen, in der folgendes gefordert wird:

1. Der Anfangslohn der Handwerker, ausschließlich der Maurer, soll betragen pro Stunde 35 Pf., mit dem Zusatzlohn insgesamt alljährlich um 2 Pf. bis zum Höchstlohn von 50 Pf. pro Stunde nach 5 Jahren.

2. Alle Maurer sollen Sommer wie Winter gleichmäßig 45 Pf. pro Stunde erhalten. Sämtliche Retorten-Maurerarbeiten und Retortenreparaturen sind mit Maurerlohn zu entschädigen.

3. Den wirklichen Rohrlegern soll ein Mindestlohn von 3,90 Ml. gezahlt werden, welcher ebenfalls mit dem Dienstatte steigt. Ihre Helfer erhalten als Mindestlohn 3 Pf. pro Stunde, alljährliche Steigerung um 2 Pf. bis zum Höchstbetrage von 40 Pf. nach drei Jahren. Bei Afferdarbeiten ist für den laufenden Meter 75 Pf. anstatt bisher 70 Pf. zu berechnen. Die sogenannte Wasserarbeit beim Hauptrohrlegen ist mit einer Zulage zu entschädigen. Für Hauptrohrlegearbeit wäre eine transportable Pude als Unter-
 4. Als Lohn für Betriebsleute soll in Zukunft gelten: Bei Äußern, Ziehern, Stachlern, Maschinen und Seizern 4,20 Ml. pro Schicht, bei Fahrern und Generatoren-Mannschaften 4 Ml. pro Schicht.

5. Für Hofarbeiter soll der Stundenlohn künftig auf anfänglich 33 Pf., von Jahr zu Jahr steigend um 2 Pf. bis zum Höchstlohn von 40 Pf. nach drei Jahren, festgesetzt werden.
 6. Heberarbeiten bis 10 Uhr abends wäre in Zukunft mit 25 Proz. Nachtarbeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens und Sonn- und Feiertagsarbeit hingegen mit 23 1/2 Proz. Zuschlag zu entschädigen.

7. Das bisherige Dienstatte ist bei der Lohnberechnung ein-
 8. Mit den holl-nararbeitern soll als Afferdiag für tägliche Mühle 1,30 Ml. und für fremde Mühle 1,50 Ml. und für Rohrei 1 Ml. pro Doppelstunde vereinbart werden. Außerdem wäre beim Ausladen sowohl wie beim Rufen mehr Zeit, ferner am Ausladenstag eine Heberzahlung sowie auch eine regelmäßige Waagenzufuhr nutzbar.
 9. Die Arbeitszeit sämtlicher Tagearbeiter soll in der Werk-
 10. Zur regelrechten Vertretung der Handwerker und Arbeiter in Angelegenheiten der Lohn- und Arbeitsverhältnisse werden selbständige Arbeitervereine errichtet.
 Dieses Gesetz ist mit näherer Begründung und mit über 100 Unterschriften versehen an die Direktion sowohl wie an die städtische Kommission für die Gaswerke gegangen. Nach dem bisherigen Gang der Dinge ist sicherlich nicht gleich Antwort zu erwarten und werden die Kollegen wohl oder übel einige Wochen hienauf warten müssen. Hoffentlich fällt dann die Antwort besser aus wie das letzte Mal.

Die Lage der städtischen Tiefbauarbeiter in Dresden

in eine merkwürdige, weil der größte Teil von ihnen im Winter keine Beschäftigung hat. Im vorigen Winter machte die Erwerbslosigkeit bis zu vier Monaten. Seit Anfang November sind schon wieder die diesjährigen Entlassungen im Gange, und was das zu bedeuten hat, kann sich niemand vorstellen, der so etwas nicht mit durchgemacht hat. Nicht nur, daß die Arbeiter mit ihren Familien hungern müssen, nein, die Folgen daraus sind noch gefährlicher, weil die Arbeiter, wenn sie wieder Arbeit finden, infolge der mangelhaften Ernährung kaum noch arbeiten können. Dazu sagt der Unternehmer von jenen geschwächten Arbeitern gar zu leicht, der Mensch ist zu faul.

Bei der starken Nachfrage nach Arbeit ist es entsetzlichen Gemeindarbeitern besonders schwer, Arbeit zu finden. Die Unternehmer sagen einfach, der Rat mag nur für seine Leute sorgen, wer müssen für unsere Leute erst Arbeit schaffen. Außerhalb Dresdens kann es überhaupt kein Gemeindearbeiter wagen, um Arbeit nachzusuchen.

Die Tiefbauarbeiter erfinden den Rat um Zahlung von Löhnen, wie sie das Langwerbe ferner Hülfenarbeiten ist. Dieses wurde mit der Begründung abgelehnt, daß die Tiefbauarbeiter auch im Winter beschäftigt werden könnten, was beim Langwerbe nicht der Fall sei, weshalb höhere Löhne nicht berechnung wären.

Diese Begründung wäre ja ganz schön, aber sie betrifft in erster Linie nur die Polierer, Aufseher und die händigen Arbeiter. Diesen wird ja zum Teil auch der Werkstoff höher bezahlt, aber den Entlohnungen wird er ganz entgegen. Würde man die Entlohnung immer nach Grundtagen der Billigkeit erfolgen, so würde damit wenigstens nicht unummers Mergens erzeugt. Am 20. Oktober wurden in der ersten Inspektion gegen 10 Mann entlassen, aber nach dem Dienstatte wurde nicht abgezogen.

Aus dem Wochenberichtsbericht über den Haushaltplan der Stadt Dresden von 1903 geht deutlich hervor, daß große Summen an Arbeitslöhnen gezahlt werden. Auf dem Gebiete des Tiefbaues - Post. 22 - zeigen sich durchgehends Sparmaßnahmen. Die gesamten Ausgaben an 1918-1921 Ml. betragen um 19881 Ml. unter den veranschlagten Zügen. Es erledigte die ordentliche Unterhaltung der Fahr- und Gangbahnen 635 891 Ml. (- 1975 Ml.), die Zuleitungs- und Entwässerungsanlagen 129 165 Ml. (- 9094 Ml.), die Brücken 3599 Ml. (- 1145 Ml.), der Rathaus, die

Materiallager- und Ausbesserungsplätze 12 341 Ml. (- 769 Ml.). Die verschiedenen Ausgaben, Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Maschinen usw., Beiträge zur Erneuerung und Ersatzbeschaffung 219 477 Ml. (- 1473 Ml.), die außerordentliche Unterhaltung der Fahr- und Gangbahnen 600 002 Ml. (- 20 558 Ml.) und die außerordentliche Unterhaltung der Zuleitungs- und Entwässerungsanlagen 16 707 Ml. (- 4292 Ml.). Diese Verbesserungen werden auch jetzt noch verschleht, die Arbeiter müssen aber die Ausgaben zu Marke tragen, und wenn einmal geparkt werden soll, so mag man auch an Beamten- und Aufsichtspersonal sparen. Das können es ebensogut beitragen, wie die Arbeiter. Eine vernünftige Kommunalpolitik würde schon Mittel und Wege finden, für Arbeiter, deren Leistungen sie regelmäßig braucht, entsprechende Verwendung im Winter zu finden. Mann oder will man dies nicht, mag man sich nicht einmal den Kopf darüber zerbrechen, so soll man aber auch nicht Verbesserungen der Arbeiter, die gerade in Rücksicht auf die arbeitslose Periode gestellt werden, mit dem Hinweis auf die Winterbeschäftigung ablehnen.
 Lux.

Wie die Gasarbeiter in Ludwigshafen a. Rh. behandelt werden.

Wir Ludwigshafener Kollegen haben bisher nur selten in der „Gewerkschaft“ etwas von uns hören lassen. Wer daraus aber schließen wollte, daß es uns hier so gut geht, daß für irgend eine Streit kein Anlaß vorliegt, ist auf dem Holzwege. Statt schon das Argument der früheren Gasdirektors Gehaltung im Zusammenhang, so fordert der jetzige Gasdirektor Fortschritte der städtischen Gaswerke heraus. Das wesentliche ist, daß man verstände, den Arbeitern das Wahlrecht und die Mitbestimmung zu rauben. Kürzlich stand ein Bericht über eine Versammlung der städtischen Gasarbeiter in der „Waldenburger Post“. Darüber hat sich der Herr Direktor abzuwageln angefangen. Das Demagogentum und die Spitzelkrederei haben hier in großer Menge. Wie meinen damit die Angehörigen niedriger Kreislagen, die bei den Vorkämpfen herumschlingeln und über die Mitarbeiter berichten, ob diese dem Verbandsangehörigen oder kritische Bemerkungen über die Arbeitsverhältnisse fallen lassen usw. Es ist schon öfters und besonders in letzter Zeit passiert, daß infolge dieser Anklagen der städtischen Gaswerke mußten und falls den Staat des Gaswerkes von ihren Funktionen absetzten müßten, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, haben in nächster Zeit noch weitere Maßnahmen bevor. Da ist es doch sehr bedauerlich, zu fragen: Soll eine solche Rückständigkeit weiter bestehen? Dem städtischen Arbeiter wird hier oben nicht viel geboten, aber das dürfen wir doch wohl verlangen, daß die öffentlichen Werke ihren Arbeitern eine größere Erntengerechtigkeit bieten. Hier sollte für eine Tarifkriterialität kein Raum sein. Gewissen erweckt es den Eindruck, als ob die vielen Entlassungen nur deshalb erfolgten, um nur Arbeiter zu den geringeren Arbanalöhnen zu beschäftigen, denn sonst könnte man keine anderen Arbeiter wegen solcher geringfügigen Entlassungen, wie dies oft geschieht. Während von anderer Seite die Parole ausgeht mit: „Dem Kolle mehr Zeife“, so heißt es hier: „Dem Gasarbeiter immer weniger Zeife und Wasser“. Früher gab es pro Woche und Mann zwei, dann ein und jetzt ein halbes Stück Zeife. Wahrscheinlich dürfen wieder die Arbeiter die Zeife von Hause mitbringen. Vom Herrn Arbeiter, die die ganze Woche im Feuerhaufe oder auf dem Mollenwagen stehen, ganze Woche im Feuerhaufe oder auf dem Mollenwagen stehen, sollen sich mit einem halben Stück Zeife rein halten. Auch mit der Wassergerechtigkeit hat es. Unseres Erachtens hat die Stadtverwaltung das Bad deshalb einrichten lassen, damit sich jeder Gasarbeiter reinigen kann. Je drei Mann haben ferner eine Waschkübel. Wir konnten noch manches andere anführen, worüber die Kollegen unzufrieden sind, aber wir glauben, daß diese Zeilen genügen werden, um erkennen zu lassen, daß eine große Unzufriedenheit herrscht. Natürlich wird man nie immer sagen, wenn's nicht paßt, kann es sein. Wir hoffen aber, daß die nachstehenden Artikel in Ludwigshafen auch zu sehen werden, daß Gemeindefürsorge Mitarbeiter mehr seien. Unsere Kollegen aber müssen sich noch viel mehr, als dies bisher geschehen ist, der gewerkschaftlichen Bewegung anschließen und von dem Wahlrecht Gebrauch machen. Nur mit Hilfe einer starken Organisation wird es uns gelingen, ein besseres Los zu erzielen.
 Romulus.

Weiteres aus Straßburg i. Elz.

Haben wir schon in Nr. 22 der „Gewerkschaft“ gesehen, daß die Verhältnisse im allgemeinen sehr verbesserungsbedürftig sind, so wollen wir in heutiger Nummer uns einmal die Verhältnisse derjenigen Klasse von Arbeitern, die im Betriebe der Stadt als die geringwertigsten angesehen wird, die der Straßburger in ihrer Betrachtung. Es ist selbstverständlich, daß von diesen Leuten die Erfüllung ihrer Berufspflichten ebenso genau und streng, oder vielmehr

mehr noch genauer und strenger gefordert wird, als von jedem anderen. Wenn auch dankbar anerkannt werden muß, daß die Stadt Straßburg schon manches getan hat für ihre Arbeiter, worauf diese in anderen Städten noch lange warten müssen, so ist sie doch in mancher Beziehung um ein bis zwei Jahrzehnt noch zurück. Insbesondere bezieht die Stadt seit zwei Jahren, und wenn ich nicht irre, schon länger, ihren Arbeitern, die ein Jahr in ihrem Dienste stehen, die Differenz zwischen Lohn und Anwartschaft aus, ebenso bei militärischen Leistungen wird der Lohnausfall vergütet. Das soll nicht verschwiegen werden. Jedoch, und das ist der munde Punkt, haben wir im Sommer noch ebensolange Arbeitszeit bei einem sehr niedrigen Lohn. In anderen Jahreszeiten schwankt die Arbeitszeit zwischen 9½ bis 10½ Stunden bei gleichem Lohn. Solche Arbeitsbedingnisse können keineswegs als befriedigende bezeichnet werden.

Die Straßburger Arbeiter beantragten den 1. April bis 1. Oktober um 4 Uhr morgens, arbeiten bis 8 Uhr, dann bis 9 Uhr Pause, von 9 bis 11 Uhr wieder Arbeit, von 11 bis 1 Uhr Pause, von 1 bis 6 Uhr wieder Arbeit. Summa 11 Stunden Arbeitszeit. Die Forderungen jedoch nicht als Erhöhung betrachtet werden, da die meisten von der Arbeitstätte sofort wohnen, daß sie sich beeilen müssen, um wieder zur Arbeit zu kommen. Viele wohnen in den umliegenden Vororten (Neudorf, Kronenbühl, Ruprechtshausen usw.). Da kann es ja vorkommen, daß die Kollegen sich des Morgens um ein paar Minuten verspäten. (Bei denen in der Stadt kommt es natürlich mitunter auch vor.) Koppla, ist ein halber Tag fällig, wenn nicht ein ganzer. Es ist unter diesen Umständen kein Wunder, wenn einige klare Köpfe sich daran gemacht haben, Verbesserungen zu erwirken, wozu besonders der Umstand noch dazu beitrug, daß für die Zukunft der hiesigen Arbeiter sehr wenig getan war. So kam es, daß am 11. Juni dieses Jahres die Gründung einer Äraile des Gewerkschaftsverbandes beschlossen wurde, angetrieben durch Gustav Altwater. Die ersten Kandidaten des waren deren 21, hatten keinen leichten Stand; es wurde ihnen die Sache zu beratend gelohnt, doch umsonst; der Gedanke der Organisation hatte sich schon zerbrochen und war nicht mehr aufzubringen. Wenn auch diese dem Verbände fern sind, so hat doch ein großer Teil das bessere gewahrt und sich organisiert. Die Äraile hatte am Schluß des ersten Quartals des erste Hundert bereits überschritten. Das bemerkenswerte ist, daß gerade diejenigen, die eine trübsame Organisationsform am allerwenigsten hatten, sich abfindend oder gleichgültig verhalten; das hat unsere Äraile geleitet. Doch auch diesen wird noch ein Licht aufgehen; dafür sorgt schon die Erziehungslage. Diese hatte für den 8. November 1904 eine öffentliche Versammlung einberufen mit der Tagesordnung: Die Forderungen der hiesigen Arbeiter an den Gemeinderat. Die Versammlung, die sehr gut besucht war, legte ihre Forderungen dar und wurde hierbei von den erschienenen Gemeinderäten Pöhl und Fretz unterstützt, welche versprachen, die Forderungen der hiesigen Arbeiter im Verein mit ihren Gewinnungsanossen auf das nachdrücklichste zu befürworten. Es sei aber Sache der Arbeiter, ihnen einen moralischen Rückhalt zu geben. Das geschah am selben durch eine trübsame Organisation. Auch der hiesige Polizeikommissar, Herr Dr. Schwander, wohnte der Versammlung bei. Dieser Herr ist der Verfasser des Entwurfes, betreffend Lohn, Arbeit und Versorgungsverhältnisse der in hiesigen Betrieben stehenden Lohnarbeiter. Wenn auch der Entwurf, was auch von dem Referenten, Kollegen Altwater aus Straßburg, anerkannt wurde, viel Gutes bringt, was wir bis jetzt entbehren mußten, z. B. Arbeit, ausführende, Unternehmungsverwaltung, Kasse, das letztere wurde vom Referenten als mangelhaft anerkannt, so sind doch die darin enthaltenen Punkte unter aller Kritik, trotz in der Stadt in ihrem Entwurf anhalt, auskömmliche Löhne schaffen zu wollen. Aber der Grundlohn, den ein Arbeiter zwei Jahre lang haben soll nach dem Entwurf (2,70 Mk.), ist doch nicht auskömmlich bei den hiesigen Verhältnissen. Meine Familie z. B. in vier Köpfe hat zwei Kinder, ich habe jeden Tag, der im Kalender steht, 3,20 bis 1,00 Mk. aus für meine Lebenshaltung, dabei gibt es noch lange nicht die Kost, die man einzeln sich braucht, um die bei der Arbeit entstehenden Kräfte dem Körper wieder zuzuführen. In der von der Versammlung einstimmig angenommenen, vom Kollegen Altwater verfaßten Resolution wurde festgelegt: Die am Donnerstag, den 3. November, stattfindende öffentliche Versammlung der hiesigen Arbeiter erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Altwater in jeder Beziehung einverstanden. In Erwägung dessen, daß mit den in der Lohnliste des Entwurfes der Arbeitsstätte festgelegten Grundlohn es absolut unmöglich ist, um die notwendigen Ausgaben zu befürworten, beschließt die Versammlung: das Bureau wird beauftragt, unverzüglich eine Petition an den Gemeinderat zu richten, in welcher folgende Forderungen und Änderungen der hiesigen Arbeiter niedergelegt sind: 1. Der Mindestlohn für gewöhnliche Tagearbeiter wird auf 3,20 Mk. festgesetzt; für Sandwerker und Gerberarbeiter beträgt der Mindestlohn 3,50 Mk. 2. Für besonders schmutzige Arbeiten, wie Manufakturieren usw., wird eine tägliche Zulage von 50 Pf. gewährt. Dieser Lohn erhöht sich in zehnmaligem Turnus um 10 Pf. täglich. Die gleiche Zulage erhalten Arbeiter, welche übergehend weit von ihrer Wohnung befristet sind, daß es denselben unmöglich ist, das Mittagessen zur Stelle einzurufen; desgleichen diejenigen Arbeiter, die an der Straßenreinigung und Straßenabfuhr beschäftigt sind, eine Zulage von 25 Pf. täglich.

3. Der Lohn wird in allen Betrieben wöchentlich ausbezahlt. 4. An Dienstleistung erhalten sämtliche Arbeiter wöchentliche Röhre und Güte; die Manufakturier außerdem Arbeitsleistung aus sogenanntem öffentlichen Leihen. Das Bureau der Versammlung, bestehend aus zwei Mitgliedern der Erziehungslage und dem Vorsitzenden des hiesigen Gewerkschaftslokals, hat diese Petition auszuarbeiten und in nächster Zeit einzureichen, da der Entwurf der Stadtverwaltung ebenfalls auch in nächster Zeit zur Beratung kommt. Allgemein ist man der Ansicht, daß bei Ausarbeitung des Entwurfes Herr Dr. Schwander nicht seinen Ansichten folgen dürfte, sonst wären die Lohnsätze bedeutend günstiger ausgefallen. Auch sonst wird diesem Herrn nachgerühmt, daß er ein fühlendes Herz für die Arbeiter habe. — Selbstverständlich werden die Arbeiter während der Beratungen des Entwurfes sich ihre Leute merken und im nächsten Jahre, wenn die Gemeinderatswahl stattfindet, daran denken, vor allem aber bedenklich: Eine Organisation ist notwendig, um etwas zu erreichen, und dann ist eine Organisation erst recht notwendig, um das Erreichte zu halten!

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Kollege Koechlich sprach am 5. November in der Sektion der Postarbeiter, am 12. November bei den Manifestationsarbeitern und am 18. November in der Sektion IX (Reiner, Inspektion) über „Die Stadtmenschen und ihre Arbeiter in den letzten Jahren“. Sämtliche Versammlungen hatten sich einen befriedigenden Verlauf zu erkennen und sprachen ihre Zustimmung zu den Ausführungen des Vortragenden aus.

Berlin I. (Gasarbeiter, Zangsgerstraße). Sektionsversammlung vom 8. November 1904. Der Hauptverhandlungsgegenstand betraf die neuen Maßregelungen auf der Gasanstalt Zangsgerstraße. Seit einiger Zeit fanden wieder mehrere Entlassungen alterer Gasarbeiter statt, die sich unklarer als Maßregelungen erkennen lassen und insbesondere habe der Dirigent Herr Hiller sich dahin eingelassen, bestimmte Personen bei irgend einer Gelegenheit zu entlassen. Mögens seien das solche, die entweder als Verbandsmittglieder mehr hervorgetreten seien oder solche, die im Arbeiterausblick ständen. Es sei jetzt schon soweit gekommen, daß kein Kollege sich für den Arbeiterausblick aufstellen lasse, weil dies mit seiner Entlassung gleichbedeutend sei. Entgegenwärtig seien die Verbandsmittglieder der Sektion mit Entlassungen bedacht worden und neuerdings habe es die Kollegen Schulz und Schröder betroffen. Schulz war Kassierer der Sektion und Schröder war als Mandat aus Arbeiterausblick aufgestellt worden. Weiter von beiden habe sich im Dienst das geringste zuzulassen konnte lassen. Die ganze Schuld liege einzig und allein beim Dirigenten Hiller, der darauf aussehe, organisierte Arbeiter aus „seinem“ Betriebe hinauszuerlangen. Das sei eine offene Verletzung des Motivationsrechts. Allerdings würde bedauerlicherweise das Motivationsrecht des Herrn Hiller durch die Untertragerien und Anordnungen gewisser Ausschüsse gestützt. Es dürfe für den Verband die Sache damit nicht abzuwarten sein, daß man die Maßregelung als tatsächlich vorhanden anerkenne und Unterfügung able und nun sich nicht weiter darum kümmere. Herr Hiller habe sich jetzt so unmissverständlich als Herr auf dem Gaswerk, als ob dies sein Eigentum wäre. Wenn nicht der letzte organisierte Arbeiter aus der Anstalt verdrängen solle, dann müßte etwas getan werden, um solcher Willkürherrschaft ein Ende zu machen. Die Empörung und die Aufregung sei über diese Ungerechtigkeiten täglich im Wachsen. — Der Zeitungs- und Zeitschriftengemeinschaft soll von jetzt ab in dazu bestimmten Lokalen vor sich gehen. Verhältnisse der Arbeiterauswahlprüfungen bleiben weitere Entschleunigungen vorbehalten. Kollege Erdmann trug darauf seine Verdensgeldkarte vor. Er war krank und wurde entlassen. Ihm soll eine Unterfügung aus Sammlungen erteilt werden. Dann kamen die hohen Strafen zur Sprache, die bei jeder geringfügigen Gelegenheit über die Kollegen verhängt wurden. Auch in dieser Beziehung herrsche die reinste Willkür. Die Kollegen sind entschlossen, die Organisation bis zum äußersten zu verteidigen.

Schmargendorf. Sektionsversammlung vom 3. November in Wilmsdorf bei Elias. Zunächst sprach Kollege Unglaube über die Zusammenlegung der verschiedenen Sektionen der Gasarbeiter zu einer. Nach der recht eingehenden Begründung traten sich in der Diskussion sämtliche Redner für diese Zentralisierung aus und fand eine diesbezügliche Resolution einstimmige Annahme. Dann gab der Kassierer, Kollege Meyer, den Monatsbericht vom 2. und 3. Quartal. Unsere Unterfügungskasse hatte in der Zeit vom 16. Juni bis 3. November inklusive eines Restandes von 29231 Mk. eine Einnahme von 55,66 Mk. Dahin kommen 250 Mk. auf Sparkasse liegend, macht Summa 75,66 Mk. Dem stand eine Ausgabe von 59,40 Mk. gegenüber, so daß ein Restand von 72626 Mk. bleibt. Auf Antrag des Kollegen Arendt I beschließt die Versammlung, 300 Mk. auf der Sparkasse zuzubuchen zu lassen, und wurde der Vorsitzende Gottschalk damit beauftragt, darauf wurden die Kollegen Arendt II, Pradlow, Piffel und Raug als Revisoren einstimmig gewählt. Ferner wurde beschlossen, 30 Pf. Stempel anzuschaffen, um das Kleben einer weiteren 5 Pf. Marke

getrieben herrscht, und welche geringfügigen Vorteile man als
 Verächten gegen die Subordination" betrachtet, der weiß, wie leicht
 ein Mitglied um seine Löhne verdienten, zur Verleumdungskasse ge-
 stellten Verträge kommen kann. Ganz entschieden aber protestiert
 die Versammlung gegen die Art der Zusammenziehung eines Ver-
 treterenausschusses. Ist schon die jährliche Tagung als Voraus-
 setzung der Wahlbarkeit für den Vertreterauschuss, so ist doch ge-
 wiss, da eine jährliche Tagung dazu gehört, um wählbar zu
 sein, indem ja nur die Hälfte der Tagung zur Wahlbarkeit an-
 zurechnen wird, so können nur alte Männer als wählbar für den
 Ausschuss in Betracht. Diese alten Männer wollen ihre wählbare
 Tage, die sie noch zu leben haben, in Ruhe verbringen und sind in
 anderen Rollen geeignet, hohen Herren gegenüber den Wählenden
 und Bedienten der Mitglieder den nötigen Nachdruck zu geben.
 Die Versammlung wünscht deshalb, daß besonders diese Vorrichtung
 von Seiten des Magistratskollegiums einer nochmaligen Prüfung
 unterworfen und dahin abgeändert wird, daß eine fünfjährige
 Tagung genügt, um wählbar für den Ausschuss zu sein. Die Ver-
 sammlung spricht dem Reichs-Landtags- und Gewerkschaftsführer,
 Gemeindevollständigen Müller, die Wünsche aus, da er ohne
 Widerspruch im Gemeindevollständigen diese Forderungen zur Annahme
 kommen ließ."

Eine weitere öffentliche Versammlung fand am 30. Oktober
 im Saale der Restauration „Martin Behaim" statt. Dieselbe war
 sehr stark besucht und referierte der Genosse Konrad Hermann.
 Der mit vollem Humor und Satire gewürzte Vortrag fand mit
 großem Beifall. In diesen Versammlungen wurden 20 Aufnahmen gemacht.

Stettin I. Sektionsversammlung am 7. November 04. In die
 Sektionsleitung wurden die folgenden Ziele und Thesen gewählt.
 Darauf gab der Arbeiterauschuss seinen Bericht, woraus zu ersehen
 ist, daß die Forderungen von der Verwaltung teils berücksichtigt, teils
 abgelehnt wurden. Ganz am Schluss der Sitzung habe der Herr
 Direktor mitgeteilt, daß die Lohnzahlungstage wegen der schwierigen
 Berechnung der Leberstunden verlegt worden seien, womit sich die
 Ausschussmitglieder einverstanden erklärten. In der Debatte wurde
 gerügt, daß man dem Arbeiterauschuss die letzte Sache ganz un-
 vorbereitet vorgelegt und ihnen nicht genügend Zeit gelassen habe
 zur Überlegung. Jetzt stellen sich die Nachteile dieser Maßnahmen
 heraus. Hauptächlich erregte es großen Unwillen, daß bei dem
 neueren Lohnmodus die Arbeiter immer 4-5 Tage Lohn stehen
 lassen müßten. Beamte erhalten im Voraus den Lohn und Arbeiter
 müßten bei den geringen Verdiensten der Stadt noch 4 bis 5 Tage
 kredenzieren. Es wurde beschlossen, diese Sache bis zum April ruhen
 zu lassen und dann den neu gewählten Arbeiterauschuss zu
 beauftragen, aufs neue vorzugehen. Im Dezember d. Js. soll für
 die Fabrikarbeiter eine öffentliche Versammlung stattfinden. Nach
 Hinweis auf die Stadtratswahlen und Aufforderung zur regen
 Benutzung der Wahllokale wurde die Versammlung geschlossen.

Sektion II. Gasarbeiter-Versammlung am 21. Oktober.
 Genosse Schmidt sprach über die Bedeutung der Arbeiterauschüsse.
 Er wies darauf hin, daß Arbeiterauschüsse, wenn sie nicht nur
 dekoratives Beiwerk sein sollen, sehr in der Organisation wurzeln
 müssen. Dann erfolgte die Kommerierung der Kandidaten.

Am 7. Oktober fanden die Wahlen endlich statt. So hat
 doch unsere Arbeit gehalten. Wir hoffen, daß mit der Arbeiter-
 ausschuss seinen Zweck erfüllen wird. Allerdings ist die Gruppe der
 Laternenwärter durch Inorganisierte vertreten, doch sieht zu hoffen,
 daß hierin auch noch Wandel geschaffen wird.

— (Straßeneiniger.) Versammlung vom 11. November.
 Genosse Haber sprach über die am 22. November stattfindenden
 Stadtratswahlen. In der Hand zuverlässigen Materials
 führte der Redner den Anwesenden ihre Lage vor Augen und
 forderte sie auf, am Tage der Wahl ihre Schuldigkeit zu tun.
 Bei der Verlesung ergab sich zunächst der mögliche Verlust des Wortes
 Er erinnerte an den Fall Stern und Genossen. Große Erbitterung
 rief es unter den Kollegen hervor, als Redner den Anwesenden
 seine Entlassung mitteilte, welche ohne jeden Grund erfolgt ist.
 Zum Schluss seiner Ausführungen forderte er die Kollegen auf, am
 22. November Abrechnung zu halten mit den hiesigen liberalen
 Stadtratsmitgliedern, die die Arbeiterinteressen gar nicht vertreten
 haben. Jeder Wähler unter uns dürfe nur solchen Kandidaten die
 Stimme geben, welcher auch gewillt ist, für das Recht und die
 Interessen der städtischen Arbeiter einzutreten. Von den Stettiner
 Liberalen sei das nicht zu erwarten, das hätten sie bewiesen. Des-
 halb lämen nur die Sozialdemokraten in Betracht. Darauf sprachen
 noch die Kollegen Gründemann und Pottler im Sinne des Referenten.
 Die Ausarbeitung der Petition, betr. Verbesserung der Lohn und
 Arbeitsverhältnisse, wurde dem Kollegen Pollack übertragen und
 beschlossen, selbige am **Sonabend** im Verbandeslokal zu unterzeichnen.

3,50 Mk. gewahrt werden, steigend von 2 zu 2 Jahren, um 25 Pf.
 bis auf 1,50 Mk. nach 8 Jahren; für weibliche Personen werden
 gefordert als Anfangslohn 1,75 Mk., der bis zum Hochlohn von
 2,75 Mk. steigen soll. Die Lohnforderungen wurden abgelehnt. Ein
 weiterer Gegenstand betraf die Anerkennung der Heimungsarbeiter.
 Diese Arbeiter waren früher gezwungen, ihre Fertigkeiten von morgens
 6 Uhr bis abends 9 Uhr, um je einer Unterbrechung von 2 resp.
 3 Stunden, auszubüßen. Unter Einwirkung des **Senats** nach ihrer
 Wohnung bedeutete dies eine Zeit von 16-17 Stunden, die für
 ihren Beruf angewendet werden mußte. Im neuen Zustand zu be-
 festigen, der sich in der Deputation nicht geändert wurde, unternahm
 man den Versuch, durch Schlichteramtliche Beratung zu klären.
 Dieser Versuch ist nunmehr abgeblieben, hat aber nicht den Erfolg
 der Deputation und der Deputation gefunden. Besonders wurde
 geltend gemacht, daß, wenn man den Heimungsarbeitern die beim
 Landwechsel eingeführte 8-stündige Arbeitszeit gewährt würde,
 auch die technischen Arbeiter, die heute noch 10 Stunden arbeiten,
 das Verlangen auf Verkürzung der Arbeitszeit stellen würden, was
 neben bedeutenden Ausgaben noch andere Inanspruchnahmen im Ge-
 selte hätte. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, noch einen
 Versuch zu unternehmen, wonach ein Teil der Arbeiter von 6-1/2
 Uhr, mit Pausen von 1 1/2 Stunden, und der andere Teil von 12
 bis 10 Uhr mit einer halbstündigen Pausenzeit arbeiten soll.

Giberfeld. Anfangs November befaßte sich das Stadt-
 ordnungskollegium mit einem Antrage des Stadtsiegler auf
 Ausdehnung der Bestimmungen über die Bewahrung von Ruhegeld
 und Hinterbliebenenversorgung an städtische Angestellte und Arbeiter
 auf die hiesigen Laternenwärter. Ein gleicher Antrag war früher
 schon abgelehnt worden, weil, wie der Oberbürgermeister hervorhob,
 die Laternenwärter diesen Beruf nur im Nebenamt ausüben und
 derartige Personen unmöglich Ruhegehalt bewahrt werden könne.
 Die vom Stadtsiegler mit angelegten Erhebungen haben ergeben,
 daß von den 47 Laternenwärttern im **Aber** nur drei **als**
 Laternenwärter bezeichnet werden, während die **übrigen** als Sand-
 wärter figurieren. In den **Verzeichnissen** der im vergangenen
 Jahre haben sich von 52 Laternenwärttern 12 als solche,
 die übrigen als Sandwärter und Tauchlöcher bezeichnet. Daß es
 sich nur um einen Nebenberuf handelt, erhellt auch aus der Tat-
 sache, daß die betreffenden Personen nur 19-27 Stunden wochent-
 lich für die Stadt beschäftigt wurden. Stadtsiegler behauptet ent-
 schieden die Nichtigkeit der letzteren Angaben und suchte darzutun,
 daß die Laternenarbeiter täglich von 9 Uhr abends bis 3 Uhr früh
 wachen und mit geringen Unterbrechungen für die Stadt zur Ver-
 fügung stehen müßten, und daß sie an zwei Tagen in der Woche mit
 Pausen der Laternen beschäftigt wurden. Sie seien somit über
 30 Stunden wochentlich für die Stadt tätig. Daß diese Festsetzung
 als der Hauptberuf anzusehen sei, erhelle aus der Tatsache, daß den
 Laternenwärttern ein Lohn von 2,20 Mk. gezahlt werde, der als der
 Hauptverdienst betrachtet werden müsse. Im übrigen suchte Stadtsiegler
 fernerhin in launiger Rede darzutun, daß die Stadt die Verpflichtung
 habe, allen Unternehmern in der Erfüllung gewisser Pflichten ein
 leuchtendes Beispiel zu sein. Oberbürgermeister **Kund** erwiderte,
 es sei zwar ein schönes Ideal, daß jeder Mensch Pflichten besinne,
 er müsse aber betonen, daß dies durchführbar sei. Die Aufzucht
 hinsichtlich der Ruhegeelder auszudehnen auf solche Personen, die
 mehr oder weniger vorübergehend oder nicht voll im Dienste der
 Stadt hauptberuflich tätig sind, sei nicht annehmbar. Aus den
 statistischen Nachweisungen und den eigenen Angaben der Laternen-
 wärter erhelle, daß sie nicht hauptberuflich für die Stadt
 beschäftigt würden. Werde ein längere Jahre bei der Stadt im
 Nebenamt beschäftigt gewesen **Kund** arbeitsfähig und gerate er
 in Not, so würde ihm aus der Hand des betreffenden Werkes eine
 bestimmte Summe gezahlt. Dies würde auch später der Fall sein.
 Stadtsiegler: Wie wenig derartige Forderungen gehalten werden
 können, zeigt sich gerade an dem Falle, der mich zu dem Antrage
 veranlaßt hat. Ein Mann, der 32 Jahre für die Stadt als Laternen-
 wärter beschäftigt und der von einem Arzte als arbeitsfähig be-
 zeichnet worden war, hatte sich mit einem Antrage auf Bewilligung
 einer Rente zur Invalidenrente an die Stadt gewandt, ist aber
 abgelehnt worden. Weil er von der Invalidenrente nicht
 leben konnte, hat der Mann, den ich für eine Rente halte, die Arbeit
 wieder aufgenommen und wird wahrscheinlich auf der Strecke
 bleiben. Oberbürgermeister **Kund**: Bei dem Manne hat sich doch ge-
 zeigt, daß er noch nicht völlig arbeitsfähig ist. Nach weiterer
 unermüdlicher Debatte wurde der Stadtsiegler Antrag schließlich
 mit allen gegen die Stimme des Stadtsiegler abgelehnt.

Kirchensaal. Eine schändliche Ausbeutung hat wieder in der
 Gesamtheit der Stadt vor den Augen der Bürger gelegen. Stadt-
 Kirchensaal an der Straße bestanden. In der letzten Stadt-
 ordnungssitzung wurde beraten über Einführung einer dritten
 Sitzungstunde. Nach dem Besuche des Stadtratskollegiums
 hat sich der Stadtsiegler in es in der Gesamtheit höher **Kund** anzu-
 sehen, daß die Arbeiter an der Demütigung in zwei Momenten wesentlich
 beteiligt sind einmal am Tage, einmal in der Nacht je 12 Stunden
 arbeiten. Bei dieser Entschädigung, und weil auch des Sonntags
 gearbeitet wurde, sei es, da die Arbeiter nur alle 14 Tage einen
 freien Sonntag erhalten hatten, bei dem **Kund** von Tag und
 Nachtschlaf zu den Sonntagen nicht zu berechnen gewesen, daß von

Rus den Stadtparlamenten und Verwaltungskollegien.

Berlin. Die Nationalen Terminen befristete hat in ihrer
 letzten Sitzung u. a. um einer Forderung der **Kund** aus **Kund** **Kund**
 wurde ausgedehnten **Kund** **Kund** **Kund** um eine andere **Kund**
 Lösung der jungen **Kund**. **Kund** seien ein **Kund** **Kund** **Kund**

Der Antrag Niemann II wird hierauf angenommen, der Antrag Haupt betr. Erhöhung der Löhne der Eisenarbeiter wird abgelehnt. Nur die Sozialdemokraten stimmen dafür.

Handesbed. In einer der letzten Monatsversammlungen schaltete sich Herr Haupt die Frage an, wie sich die Verhandlung zur Erreichung von Hilsen an die hiesigen Beamten stelle. Er ist der Ansicht, dass die Verhandlung zwischen den Beamten und den Arbeitern nicht ohne die Unterstützung der Gewerkschaften, die die Verhandlung unterstützen, zu Ende zu bringen sei. Er ist der Ansicht, dass die Verhandlung zwischen den Beamten und den Arbeitern nicht ohne die Unterstützung der Gewerkschaften, die die Verhandlung unterstützen, zu Ende zu bringen sei.

Verbandsteil.

Adressen der Verbandsleitung.

- Geschäftsstelle des Verbands-Vorstandes: Berlin W. 57, Bülowstr. 21. Telefon: Amt IX, 6144.
- Alle Korrespondenzen, die den Verbandsvorstand betreffen, sind an den geschäftsführenden Vorsitzenden **Dr. Voersch**, alle Geldsendungen für die Verbandskasse an den Verbandskassierer **G. Ahmann**, alle Zuschriften für die „Gewerkschaft“ nur an **H. Bürger** zu richten.
- Sämtliche Beschwerden gehen zunächst an den Vorsitzenden des Verbandsvorstandes, **Dr. Voersch**; gegen die Entscheidungen des Verbandsvorstandes ist Beschwerde bei dem Verbandsauschuß: Hamburg, Hüter 11, zulässig.
- Zweigbureau Stuttgart: Nöhringerstr. 122. Sekretär: C. Altvater.
- Zweigbureau Leipzig: Meißnerstr. 25. Sekretär: W. Mohs.
- Zweigbureau Berlin: Alte Jakobstr. 145. Sekretär: G. Schubert.
- Zweigbureau Hamburg: Hüter 11. Sekretär: G. Schönborg.
- Zweigbureau Dresden: Rügenbergerstr. 2. Sekretär: J. Wischen.

Bekanntmachung.

Nach § 9 unseres Verbandstatuts haben sämtliche Filialen im Januar die Neuwahlen für den örtlichen Vorstand vorzunehmen. Die Gewählten bedürfen der Bestätigung des Verbandsvorstandes.

Die fragliche statutarische Bestimmung lautet:

„Alljährlich im Januar finden die Neuwahlen statt und sind die Gewählten dem Hauptvorstande zur Bestätigung einzureichen.“ Wir eruchen daher die örtlichen Vorstände, schon jetzt dafür Sorge zu tragen, daß im Januar die Neuwahlen stattfinden können.

Anmeldungsformulare betreffs der Neugewählten werden den Filialen rechtzeitig zugehen.

Für den Verbands-Vorstand,
Dr. Voersch.

Quittung der Hauptkasse.

Für das 3. Quartal gingen an Beiträgen ein: Erlangen 57,13 M., Göttingen 18,44 M., Mühlhausen 22,22 M., Stuttgart 207,30 M., 2. Rate.
Für das 4. Quartal: Leipzig 150,00 M. als 1. Rate.
G. Ahmann, Hauptkassierer.

Eingegangene Schriften und Bücher.

- Im Verlage von J. G. D. Nebe, Stuttgart, erschien: **Die Neue Zeit: Die Gleichheit: Dokumente des Sozialismus; Der wahre Jakob.**
- Zweideutscher Fohstillon, Verlag von M. Ernst, München.
- In dreien Stunden, Wochenmärkte, Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag Vorwärts.
- Kommunale Praxis**, Zeitschrift für kommunalpolitisch und Gemeinde-sozialismus. Herausgegeben von Dr. Albert Endham, Berlin. Erscheint am 1. und 15. jeden Monats und kostet vierteljährlich 1,20 M. Probeheften werden gratis und franko vom Verlag, Berlin W. 15, beigestellt.
- Im Verlage G. W. G. & Co., München, Wittelsbacherplatz 2, erschien die Schrift: **Maiersegen und sein Ende?** von Fritz Vampader, Muz-

in Zürich. Preis 30 Pf.) Ein Wort an denkende Arbeiter. Wir können die Schrift unseren Lesern nur bestens empfehlen und machen größere Auflagen auf die Vergünstigung bei Partienbezug aufmerksam (bei 100 Exempl. 50 Proz. Rabatt.). Verzierung erfolgt gegen bar (Voreinsendung oder Nachnahme).

Sozialer Fortschritt. Feste und Flugschriften für Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Herausgegeben von Professor Dr. W. Sombart, Breslau. Verlag Felix Meiner, Leipzig.

Nr. 9. **Kürsorge für Arbeitslose**, besonders die Frage einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Von Dr. G. Schaertlin, Direktor der Schweizerischen Lebensversicherungsanstalt.

Nr. 11. **Die Sozialpolitik Bismarcks** von Dr. Hans Klum.

Nr. 12/13. **Die Errichtung von Wöchnerinnenheimen und Säuglingskrippen: eine soziale Notwendigkeit** von Anna Kayyris 3. Laufend.

Nr. 14. **Die sogenannten „Sozial-Museen“** (Museen für Arbeiterwohlfahrt und Sozialpolitik und das Pariser „Musée social“ als Vorbild.) Von Leopold Müller.

Nr. 15/16. **Das politische Wahlrecht der Frauen in Australien.** Von William Pember Reeves. Deutsch von Romulus Grazer.

Jedes Heft 15 Pf., Doppelheft 30 Pf. Die Reihe von 10 Heften 1,20 M.

Zinsrechner. Tabellen zum Ausrechnen von Zinsen und Bruchzinsen aus 1 bis 100000 Mark bei jährlich 365 Tagen. Rebit Anfang zur Zinsberechnung auf 99 Tage. Von Gustav Ströhmfeld. Preis 2,50 M.

Wir haben es bei dem Ströhmfeldischen soeben erschienenen „Zinsrechner“ mit einem sehr gelungenen Buch zu tun, das den heutigen Kapital- und Zinsverhältnissen in umfassender Weise Rechnung trägt, und das deshalb auch zu allgemeiner Einführung und zum Gebrauch in weiteren Kreisen sehr empfohlen werden darf. Auch eine sehr geschickte Anlage und Einrichtung, durch Zurumberechnung des Jahreszinses mit 365 Tagen und des laufmännlichen Jahres mit 360 Tagen erfüllt Ströhmfelds Zinsrechner seinen Zweck, in der taglichen Praxis all der vielen Interessenten beliebt zu werden, in bisher von ähnlichen Werken wohl kaum erreichter Art. In erster Linie finden sich die üblichen Zinsätze ausgerechnet, dann aber auch alle diejenigen, die eine rasche Zusammenfassung der nur selten in Anwendung kommenden Zinsarten ermöglichen. Von großer Wichtigkeit ist die eingehende Behandlung des heutzutage gebräuchlichen Zinsfußes von 3 Proz., der eine detaillierte Praxistabelle Ausrechnung bis in die 3. Stelle erfahren hat. Die Zinsbeträge sind über die Pfennige hinausgerechnet — eine praktische Einrichtung, die vollständige Sicherheit im Ausrechnen gewährleistet. Auch als zuverlässiges Hilfsmittel zur Berechnung von Zinseszinsen ist das Buch in hohem Grade geeignet. Alles in allem: Ströhmfelds „Zinsrechner“ ist eines derjenigen Bücher, die zu den unentbehrlichsten Büchern der Handbibliothek von Geschäfts- und Privatleuten, Behörden und Beamten gehören. Das empfehlenswerte Buch Preis 1 M. ist wie das gleichen Verfassers „Zinseszinsrechner“ im Verlage von Otto Walter in Ravensburg erschienen und durch diesen sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Briefkasten.

Kollege M. in Berlin. Wir können Ihnen vollständig bei, wenn Sie in Ihrem Eingeklärt ausführen, daß wir soweit mit unserer Rücksichtnahme auf die staatlichen Behörden und ihre Organe nicht gehen können. In der Praxis verzichten wir beinahe schon auf jeden Streit, nur sollen wir sogar nicht einmal mehr ein ernstes Wort mit den Behörden sprechen, um den hohen Herren der Stadtverwaltung nur nicht zu nahe zu treten!! Das geht entschieden nicht doch zu weit! Wenn wir jedes Wort erst zehnmal auf der Goldwaage abwägen sollen, um nur kein höchstes Organ zu verletzen, dann können wir uns mit dem ganzen Verbandsverband begnügen lassen. Wir sind gewiß bemüht, mit den hiesigen Behörden vollständig zu verkehren, wenn aber unheilbar verwaltete Organe uns gegenüber zu Unwillen, Zankmen und Maßregelungen greifen und die höheren Behörden nichts Ernüchtertes unternehmen, um diesem Treiben ein Ende zu machen, dann hat auch unsererseits jede Rücksichtnahme aufzugeben.

Obwohl selbst finden wir es, wenn Arbeitervertreter in der Gemeindeverwaltung fortgesetzt den Deputationsstellungen fernbleiben, zumal wenn ernsthafte Arbeitssachen verhandelt werden. Es ist gewiß nicht hübsch, wenn in hiesigen Verbandsfunktionäre diese Dinge von der Direktion hinüber mitgebracht werden, in der hiesigen „Munde“, sie gegen ihre Fortsetzung nicht zu machen.

Sie haben ganz recht, können die betreffenden den Zigaretten wegen Mangels an Zeit nicht benutzen, so sollen sie solche Zeiten nicht annehmen.

Sie sind wohl damit einverstanden, daß wir Ihre Eingeklärt vorläufig zurücksetzen und zunächst einmal in unserer Sache diese Dinge erledigen.

Unserer Kollegin
Berta Bachmann
 zu ihrem 25-jährigen Arbeitsjubiläum
 die herzlichste Gratulation.
 Die Kollegen und Kolleginnen
 der Filiale Berlin (Sektion XI).

Allgemeiner Bau-, Spar- und
 Wohnungsverein „Solidarität“,
 E. G. m. b. H.
 Anmeldungen, Mitgliederannahmen, Auskunfts-
 stelle in der Geschäftsstelle
 Berlin W. 57, Bülowstr. 21.

Heilbronn.
 Unserem treuen Verbandskollegen
Karl Jakob
 zu seinem 25-jährigen Dienstjubiläum
 die herzlichste Gratulation.
 Die Heilbronner Kollegen.

Filiale Kassel.
 Unserem alten Veteranen der Arbeit
 und Kollegen
Andreas Wilhelm
 zu seinem am 1. November 1904 statt-
 gefundenen 70. Geburtstag nachträglich
 unsere herzlichste Gratulation.
 Die Verbandskollegen.

1 Probemesser umsonst
 Wenn jemand unsere Ware noch nicht
 kennt und gewillt ist, bei erster Lieferung
 ein Messer anzunehmen, so sendet
 uns ein Probemesser (mit
 Marken) in Porto
 ein, so er-
 halten Sie ein
 elegantes
 Taschen-
 messer.
 Größe
 mit 2 prima
 Klingen, Heft in
 geprägte in Silber-
 oxyd, nebst reichhalt.
 Katalog umsonst und frei.
Saam & Co., Stahlwarenfabrik
 Fache 212 Solingen.



**Quittungs-Marken
 u. Kautschuk-Stempel**
 für
 Krankenkassen und Vereine
 zum quittieren der Beiträge.
 Geprägt 1879
Rollen-Billets fortlaufende Nummern.
 Preislisten versende umsonst.
Jean Holze Kamburg
 Drehbahn 15.

Verband Städtischer Arbeiter (filiale Groß-Berlin)

Montag, den 5. Dezember 1904, abends 8 1/2 Uhr

Filial-Versammlung

in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20/21.

- Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Bruno Poersch über: „Unsere Bestrebungen und ihre Verwirklichung“.
 2. Diskussion.
 3. Wahl eines Mitgliedes für den Hauptvorstand.
 4. Wahl eines Vergütungs-Komitees.
 5. Verbandsangelegenheiten.

Um zahlreichen Besuch in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung bitten
 Der Filialvorstand.

Außerdem machen wir die Kollegen der Filiale Groß-Berlin darauf aufmerksam,
 daß auf vielseitigen Wunsch der Sektionen am 24. Januar 1905, abends 9 Uhr, der erste
 große Wiener Rassenball der Filiale Groß-Berlin im großen Saal der „Neuen Welt“,
 Dajenhaide, stattfindet.
 Wir bitten alle Kollegen für zahlreichen Besuch zu agitieren.

Ganz umsonst und portofrei

kann sich jeder von uns für entsprechenden Wert Waren erwerben.
 Man verlange neuesten Prachtkatalog mit 3500 Abbildungen
 nebst näherer Angabe ebenfalls gratis und franko (ohne Kaufzwang).
 Derselbe enth. große Auswahl in Herrenkotten, ferner große Auswahl in

Gebrüder Bell, Gräfrath

bei Solingen.
 Aeltestes Fabrikverandhaus am Platze.
 Gegründet 1876.



Damen-Uhr-
 und Hals-
 ketten, Broschen,
 Ringe, Taschen-
 uhr., Regulatoren, Wecker,
 Portemonnaies, Pfeifen,
 Spazierstöcke, Fernrohre, Feilstecher, Schuss- u. Stichwaffen, Wagen,
 Sägen, Reben- u. Gartenschere, Gartnermesser, Brot-, Schlacht-, Ge-
 meine-, Hack- u. Wagemesser, Taschenmesser, Rasiermesser, Tafel-
 messer u. Gabeln, Damen-, Haar- u. Schneidmesser, Haarmaschinen,
 Rasiermaschinen, Musikinstrumente, Schindeln u. Heuschalungartikel,
 Kinderspielwaren, Christbaum schmückete, Gleichzeitige Aufträge
 damit sich Jeder von der Güte u. Qualität unserer Waren überzeugen
 kann, franko prima Nickel-Uhrkette No. 655 wie Zeichnung ca 19 cm
 lang, mit Kompass u. Schieber u. 3 Quasten-Anhängern für nur Mark 2.-
 14 Tage zur Ansicht. Besteller verpflichtet sich, den Betrag in ange-
 gebener Probzeit einzusenden od. die Uhrkette zu retournieren —
 Mehr wie 1 Stück nur gegen Nachnahme. Bitte genau auf unsere Firma
 zu achten. Katalog enthält Neuheiten in Handwerkerkotten.



Wider die Pfarrenherrschaft

Kulturbilder aus den Religionskämpfen
 des 16. und 17. Jahrhunderts

Von
Emil Rosenow.

50 Lieferungen reich illustriert à 20 Pfennig.

Das Werk ist als ein dauerndes, wertvolles
 Bildungsmittel bestens zu empfehlen.

Buchhandlung Vorwärts,
 Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Verlag: In Fortsetzung des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben Beschäftigten Arbeiter und Unter Angehörten Bruno Poersch. Verantwortlicher
 Redakteur: G. Bürger, beide Berlin W. 57, Bülowstr. 21. — Druck: Sorwatts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Zenger & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.